

# ORF.at



Foto: ORF

Foto: ORF

Soziales

## Bündnis legt Paket für leistbares Wohnen vor

**Das Tiroler Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot hat am Montag in Innsbruck ein umfassendes Paket mit Forderungen für leistbares Wohnen vorgestellt. Das Positionspapier richtet sich an Bund und Land sowie Gemeinden und umfasst 28 Maßnahmen, darunter etwa Änderungen bei der Mietzinsbeihilfe.**

15.10.2024 07.41

Die Forderungen „reichen von einfach umsetzbaren Maßnahmen, die zu schneller Entlastung für Betroffene führen können, bis zu weitreichenden Gesetzesänderungen“, heißt es in einer Aussendung des Bündnisses gegen Armut und Wohnungsnot Tirol. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von über 300 Einrichtungen, Institutionen und Dachverbänden, die unter anderem in den Bereichen Soziales, Arbeit und Gesundheit tätig sind.

[Positionspapier Leistbares Wohnen \(Bündnis gegen Armut & Wohnungsnot\) \(PDF\)](#)

Das Thema leistbares Wohnen sei insgesamt sehr komplex, räumte das Bündnis ein. Gleichzeitig will man mit den verschiedenen Maßnahmen aufzeigen, dass es dennoch viele Möglichkeiten für Veränderung gebe. Schließlich müsse Wohnen in Tirol dringend wieder leistbar werden. „Jetzt muss gehandelt werden. Die Situation ist dramatisch“, so Julia Schratz, Geschäftsführerin von lilawohnt, einer Beratungsstelle für Frauen und Kinder bei Wohnungs- und Arbeitsuche.

## Auftrag an Regierungen

Das Maßnahmenbündel sei ein „klarer Auftrag“ an die künftige österreichische Bundesregierung sowie die Tiroler Landesregierung von ÖVP und SPÖ, so Schratz. Der Bund müsse zum Beispiel das Grundrecht auf Wohnen in der Verfassung verankern und das Mietrecht erneuern. Bei Mietobergrenzen und Anmietungskosten brauche es Veränderungen. „Wohnen muss im Regierungsprogramm ein Kernthema werden“, lautet die Forderung des Bündnisses. Hier brauche es auch von den Tiroler Abgeordneten „volles Engagement“.

Auch die Landesregierung und die Gemeinden nimmt das Bündnis in die Pflicht. Sie müssten sich für höhere Leerstandsabgaben einsetzen, Spekulation mit geförderten Wohnungen verhindern und bei der Widmungspolitik von Grundstücken ansetzen. Zusätzlich sollten Wohnflächen barrierefreier und gemeinnützige Wohnbauten auch tatsächlich an Bedürftige vergeben werden.

red, tirol.ORF.at